

FRIEDENSERKLÄRUNG 2002

der Friedensinitiative der Stadt Linz

I. AUSGANGSLAGE

Unsere Welt ist im neuen Jahrtausend nicht friedlicher geworden, ganz im Gegenteil. Der Krieg in Afghanistan, der permanente Konflikt in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten oder der Bürgerkrieg in Tschetschenien sind uns allen nur zu gut und täglich durch neue Schlagzeilen präsent.

Geprägt war das abgelaufene Jahr auch durch die Nachwirkungen des 11. September 2001. **Terrorismus wird als die neue Bedrohung definiert** und ist Auslöser für Kriege zwischen Staaten und darf nicht als Vorwand für Repression und Verfolgung innerhalb einzelner Staaten dienen.

Neben diesen vielen Schreckenszeichen gehen die **Wiederaufbaubemühungen** der Staatengemeinschaft in ehemaligen Kriegs- und Krisenregionen beinahe unter. Im Kosovo und auch in Afghanistan arbeiten internationale Verwaltungen, Osttimor hat die lang erkämpfte Unabhängigkeit erreicht.

II. GEFAHREN

Die größte Gefahr, der die Entwicklung zu einer friedlicheren Welt derzeit ausgesetzt ist, ist eine Eskalation des **Krieges gegen den Terrorismus** zu einem **weltweiten Flächenbrand**. Präventivkriege gegen Staaten, die möglicherweise terroristische Aktivitäten unterstützen, oder deren Regime als „terroristisch“ bezeichnet werden, sind nicht geeignet, die Bildung terroristischer Gruppen zu verhindern.

Ganz im Gegenteil: Sie setzen eine **Spirale von Gewalt und Gegengewalt** in Gang, in der sich Terror und Vergeltung mit noch mehr Terror und noch härteren Gegenschlägen abwechseln.

Zudem ist die aus einem undifferenzierten Wir/Sie- beziehungsweise Gut/Böse-Denkschema entspringende Vorstellung von einem Krieg gegen den Terrorismus auf dem besten Weg, zu dem zu führen, was zur Zeit nur in den Köpfen von Fundamentalisten existiert, zu einem **Kampf zwischen Kulturen**. Waren die Anschläge am 11. September 2001 noch von einer gewissen Symbolik getragen (das World Trade Center steht für die wirtschaftliche, das Pentagon für die militärische und das angepeilte Weiße Haus für die politische Vormachtstellung der USA), so waren die Anschläge im Oktober 2002 auf Bali einfach nur mehr gegen Urlauberinnen und Urlauber aus der verachteten westlichen Kultur gerichtet.

III. FRIEDENS- POLITISCHE ANSÄTZE

Der Friede beginnt, wie Rudolf Kirchschräger treffend formuliert hat, **im eigenen Haus**. Die Friedensstadt Linz hat auch in diesem Jahr eine Reihe von **friedenspolitischen Aktivitäten** gesetzt und unterstützt: In einem Symposium hier im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses wurde zum sehr aktuellen Thema „Krieg gegen Terror?“ die friedenspolitische Diskussion in die Stadt geführt. Diese Veranstaltung mit ihrer hochkarätigen Besetzung ist auf große Resonanz gestoßen.

Zum Selbstverständnis einer Friedensstadt gehört auch ein klares Bekenntnis zu einer offenen **Politik der Integration** von Menschen aus anderen Regionen, mit anderer Hautfarbe und mit anderen Kulturen, deren Anwesenheit eine Bereicherung für unsere Stadt darstellt.

Gewiss ist der Beitrag, den eine Stadt zum weltweiten Frieden leisten kann, klein angesichts globaler Bedrohungen und territorialer Konflikte, welche fast immer in der ungerechten Verteilung der Güter begründet liegen.

Wir können eine Neuordnung dieser Verhältnisse nicht direkt beeinflussen, wir können aber einen Appell an die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf allen Ebenen richten.

Etwa, dass Österreich auf europäischer Ebene Initiativen setzt, um die **Europäische Union zu einer echten Friedensmacht** zu entwickeln. Die Welt braucht keine neue Militärmacht, die Welt kann sich aber auch keine handlungsunfähige, isolationistische EU leisten. Österreich und Europa müssen ihre Verantwortung durch weltweites Engagement wahrnehmen, aber nicht durch Euro-Armee und Kriegsabenteuer, sondern durch nachhaltige Politikgestaltung und faire Handelsbeziehungen. Europas Engagement in Kriegs- oder Krisengebieten und in krisenträchtigen Regionen soll auf die Mittel ziviler Konfliktbearbeitung gestützt sein. Vor allem darf sich europäische Außenpolitik nicht im kurzfristigen Krisenmanagement und in der bloßen Befriedung von militärischen Konflikten erschöpfen.

Denn echter Friede entsteht durch die **Schaffung lebenswerter Verhältnisse** für alle. Neben der sozialen Situation betrifft dies heute vor allem die Fragen der Gesundheitsversorgung (denken wir nur an die rasende Ausbreitung von Aids in Teilen Afrikas) und des nachhaltigen Umganges mit den natürlichen Ressourcen (denken wir an Auseinandersetzungen um Wasser, das in Zukunft, vor allem im Nahen Osten zum wichtigsten Streitgrund werden kann, oder denken wir an die zögerliche Umsetzung des Kyoto-Protokolls).

Und echter Friede ist nur möglich, wenn das Recht herrscht. Nicht das Faustrecht des Stärkeren, sondern die Regeln des Völkerrechts, die die Staatengemeinschaft im Konsens gebildet hat. Gerade ein kleiner Staat wie Österreich muss daran ein ureigenes Interesse haben.

Genauso haben wir ein **ureigenes Interesse am Fortschritt der weltweiten Friedensprozesse**. Selbst wenn wir noch nicht so weit sind, dass "eine Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen Plätzen der Erde gespürt wird", wie es Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ als weltbürgerliche Vision vorschwebt. In unserer globalisierten Welt gibt es keine abgeschotteten „Inseln der Seligen“ mehr. Konflikte in entfernten Regionen der Welt zeigen früher oder später auch Rückwirkungen in unserem Land, in unserer Stadt.